

Tagesordnung I Punkt 22 der öffentlichen Sitzung am 10.07.2003

Vorlage Nr. 03-V-61-0029

***Ergebnisse Realisierungswettbewerb Kranzplatz; Bürgerbeteiligung;
Entwurfs- und Ausführungsplanung Straße Kranzplatz,
Vorfahrt Hessische Staatskanzlei mit südöstlichem Platzrand Kochbrunnen-/Kranzplatz;
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln (Leitungsphase II, III, und V HOAI)***

Beschluss Nr. 0279

1. Die Ergebnisse des Realisierungswettbewerbes Neugestaltung Kranzplatz werden zur Kenntnis genommen (Anlage 1 zur Vorlage).
2. Die Dokumentation der durchgeführten Bürgerbeteiligung zu den Wettbewerbsergebnissen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2 zur Vorlage).
3. Dem Gestaltungskonzept des 1. Preisträgers (Büro Lützwow7, Berlin) wird zugestimmt, entsprechend der einstimmigen Empfehlung des Preisgerichtes.
4. Der Beauftragung des Büros Lützwow7 mit der Entwurfs- und Ausführungsplanung für den 1. Bauabschnitt wird zugestimmt.
5. Den Baukosten in Höhe von ca. 1,2 Mio. € wird zugestimmt (Anlage 5 zur Vorlage). Die Baukosten werden zum Haushalt 2004/2005 angemeldet und sind aus dem Budget 2004/2005 des Dezernates IV zu finanzieren. Dadurch wird eine Vorabfestlegung des Budgets des Dezernates IV getroffen. Dezernat IV – Tiefbauamt – wird ermächtigt, Aufträge bis zu einer Gesamthöhe von 1,2 Mio. € vorab der Veranschlagung im Entwurf des Vermögenshaushaltes 2004/2005 zu erteilen. Die erforderlichen Mittel für die unter Beschlussziffer 4 genannten Planungen in Höhe von 70.000,00 € (Anlage 4 zur Vorlage) werden bei Haushaltsstelle 2.6300.950000.5.922 (Platz-Programm) üpl. in 2003 genehmigt. Die Prioritätenliste für das Investitionsbudget „Verkehr“ wird entsprechend ergänzt. Dezernat IV stellt sicher, dass das Budget 2003 nicht überschritten wird. Dezernat IV wird beauftragt, eine entsprechende Deckungshaushaltsstelle zu benennen.
6. Der Realisierung des mit dem Land Hessen abgestimmten 1. Bauabschnittes wird zugestimmt (Anlage 3 zur Vorlage).
7. Es wird davon Kenntnis genommen, dass sich das Land Hessen an den gesamten Baukosten mit voraussichtlich 500.000,00 € beteiligt.
8. Der vorläufige Zeitplan wird zur Kenntnis genommen (Anlage 6 zur Vorlage).

Protokollnotiz der Stadtverordnetenfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden muss in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation Prioritäten setzen. Einer finanziellen Beteiligung der Stadt Wiesbaden an der Auffahrt der Staatskanzlei für das Land Hessen in der vorgesehenen Größenordnung kann die Stadtverordnetenfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher nicht zustimmen. Das Land Hessen ist aufzufordern, die Finanzierung in größerem Umfang zu übernehmen. (antragsgemäß Magistrat 17.06.2003 BP 0535)

(Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr 01.07.2003 BP 0095)

(Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 02.07.2003 BP 0182)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2003

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .07.2003

1. Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister